

Änderungsantrag

der Abgeordneten Herbert Behrens, Roland Claus, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Steffen Bockhahn, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Michael Leutert, Thomas Lutze, Kornelia Möller, Jens Petermann, Ingrid Remmers, Dr. Ilja Seifert, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/10200, 17/10202, 17/10812, 17/10823, 17/10824, 17/10825 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013
(Haushaltsgesetz 2013)**

**hier: Einzelplan 12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 12 03 Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes – Bundeswasserstraßen – Anlage 1 (S. 73) werden im Titel 780 12 „Um-, Aus- und Neubau-
maßnahmen an Bundeswasserstraßen“ die Maßnahmen an der Unter- und Außenelbe wie folgt verändert:

Laufende Nummer 1.1 Ausbau auf mindestens 14,5 Meter unter KN

Ansatz 2013:	500 000 Euro
Neu:	0 Euro
Einsparung:	500 000 Euro.

Laufende Nummer 1.2 Fahrrinnenanpassung der Unter- und Außenelbe

Ansatz 2013:	25 Mio. Euro
Neu:	0 Euro
Einsparung:	25 Mio. Euro.

Berlin, den 19. November 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Die Mittel für das Planfeststellungsverfahren für die Fahrrinnenanpassung werden gestrichen. Der weitere Ausbau der Elbe wird gestoppt, da er ökologisch nicht vertretbar ist. Er würde zur weiteren Zerstörung der Ökosysteme einer einst einzigartigen Flusslandschaft führen und die Deichsicherheit drastisch verringern. Das entspricht dem Interesse einiger großer Reedereien und Unternehmen, welche die Elbvertiefung durchführen, aber nicht der großen Mehrheit der Menschen in Hamburg und im Unterelberaum. Besonders mit Blick auf den existierenden, natürlichen Tiefseewasserhafen Wilhelmshaven und Kooperationen im Rahmen eines gemeinsamen nationalen Hafenkongzeptes der Nordrange ist für den Elbausbau außerdem kein verkehrspolitischer Bedarf vorhanden. Der Verlust der bisher verausgabten Planungskosten ist vertretbar, weil langfristig Ausgaben in Höhe von ca. 188,614 Mio. Euro eingespart werden.